

Mein Politikjahr : der schwierige Weg in eine neue Normalität

Autor(en): **Ulrich, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujahrsblätter**

Band (Jahr): **93 (2018)**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-730776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von Stefan Ulrich, Baden. Er ist Redaktor in der Informationsabteilung von Radio SRF und arbeitet für die Redaktion Aargau Solothurn.

Mein Politikjahr

Der schwierige Weg in eine neue Normalität

Diese Zeilen entstehen Ende Juni 2017. Baden ist in Aufruhr. Der Stadtrat hat dem Konzert- und Kulturlokal Nordportal die Subventionen gestrichen, 200 000 Franken. Das «Nordportal» – schon bald geschlossen? Oder nur noch ein rein kommerzieller Betrieb? Und dies in einer Stadt, die sich noch immer als Kulturhauptstadt des Aargaus versteht? Der Stadtrat erklärt sich: Der Einwohnerrat habe ihm einen Sparkurs verordnet. Diesen setze er um, und jetzt tue es halt weh.

Die bürgerliche Mehrheit im Einwohnerrat fährt tatsächlich eine Sparpolitik. Im Mai 2017 setzte der Rat bei der anlaufenden Budgetierung für 2018 enge Grenzen. Der Steuerfuss dürfe nicht steigen, lautete die Vorgabe. Stadtmann Geri Müller wurde wütend während der Sitzung. «Unvernünftig» sei es, was der Einwohnerrat mache.

Diese Worte kamen nicht aus heiterem Himmel. Schon in den vorhergehenden Sitzungen des Einwohnerrates waren die Debatten hitzig, wenn es ums Geld ging. Im Oktober 2016 erlebte Baden eine Premiere: Der Einwohnerrat wies das Budget für 2017 zurück, mit der Begründung, der Stadtrat gebe zu viel Geld aus.

Bürgerliche Sparpolitik steigert die Effizienz

Der Stadtrat musste noch einmal über die Bücher. Im Dezember 2016 kam das Budget durch. Der bürgerlich dominierte Einwohnerrat führt den Stadtrat bei den Finanzen aber allgemein an der kurzen Leine. Baden darf in den Jahren 2015 bis 2018 nicht mehr Geld ausgeben als 2014. Das zwang den Stadtrat zum Sparprogramm «Optima». In der Verwaltung wurde jede Stelle unter die Lupe genommen und alle Abläufe wurden durchgecheckt. So konnte die Effizienz gesteigert werden. Doch der bürgerlichen Mehrheit reichte es immer noch nicht.



Die Parameter der Badener Politik werden neu justiert. Die Wahlen im September 2017 werden die neue Richtung definieren. Bild: Stefan Ulrich.

Ihr Argument: Grosse Investitionen stünden an; nur mit grösster Ausgabendisziplin könnten diese finanziert werden. Mit der Vorgabe für das Budget 2018 zogen die Bürgerlichen deshalb die Sparschraube noch einmal an. Und damit wären wir wieder beim Aufruhr ums «Nordportal». Um alle Sparauflagen erfüllen zu können, hatte der Stadtrat allen Abteilungen im Mai 2017 eine Kürzung um 4 Prozent verordnet. In der Kultur entschied man sich für den Big Bang: Sparen nur beim «Nordportal», alle anderen Institutionen kommen ungeschoren davon.

So war klar: Der Aufschrei musste kommen. Und vielleicht wollte der Stadtrat ja auch, dass er kommt. Denn natürlich wurde der Entscheid von den Linken umgemünzt in Munition gegen die bürgerliche Sparpolitik. Baden werde kaputtgespart, lautet das Argument. Um das zu verhindern, müsse man im Herbst links-grün wählen.

Die Linken hoffen auf eine Mehrheit im Einwohnerrat

So kommen wir zum zweiten Thema, das neben den Finanzen das politische Geschehen in Baden geprägt hat; die Wahlen in den Einwohnerrat, Stadtrat und für den Ammann im September. Diese Wahlen definieren, was in Baden neu unter «politischer Normalität» zu verstehen ist. Lange bestand diese Normalität darin, dass der Einwohnerrat, der Stadtrat und auch der Ammann bürgerlich waren. 2013 kam die Wende, als der Linke Geri Müller Ammann wurde. Damals holte Links-Grün auch die Mehrheit im Stadtrat. Mit dieser Niederlage scheinen sich die Bürgerlichen bis heute nicht abgefunden zu haben. Wer die Sitzungen des Einwohnerrates beobachtete, konnte den Eindruck erhalten, die bürgerliche Mehrheit, vor allem FDP und SVP, lege dem links-grünen Stadtrat Steine in den Weg, wo sie nur könne. Die einstmalige hohe Diskussionskultur im Rat erschöpfte sich zusehends in einem Hickhack um die Finanzen. Die Rhetorik wurde umso schriller, je näher der Wahltermin rückte und je grösser die Wahrscheinlichkeit einer links-grünen Mehrheit auch im Einwohnerrat wurde. Die SP hofft bei den Wahlen auf einen Höhenflug, befeuert durch das gute Resultat bei den Wahlen ins Kantonsparlament 2016. Ihr Ziel: stärkste Fraktion werden. Mit einer links-grünen Mehrheit im Einwohnerrat wäre in Baden eine neue Normalität geschaffen. Sollte Links-Grün tatsächlich das Ruder übernehmen, müsste sich dieses Lager nolens volens mit einer anderen, für Baden neuen Realität arrangieren, mit der Geldknappheit. Bis vor kurzem hatte man in Baden Geld, und man gab es gern aus. Die Devise im Einwohnerrat lautet fast immer: «Ja, es darf noch ein bitzeli mehr sein.»

Aber in der neuen Normalität wird jeder Franken zwei Mal umgedreht. Von ABB, Alstom/GE und vor allem Axpo fliessen viel weniger Steuern als früher. Gleichzeitig kommen riesige Investitionen auf die Stadt zu. Der Stadtrat präsentierte sie im November 2016: Sie kosten 300 Millionen Franken. Grösster Posten mit 100 Millionen ist das Sekundarstufenzentrum Burghalde. Der Stadtrat zeigte auch auf, dass die Pro-Kopf-Verschuldung massiv steigen wird. Die Alarmglocken läuteten bei Linken und Rechten gleichermassen. Das Dilemma: Die Projekte (z. B. Burghalde, Kurtheater) wurden aufgegleist, als Baden noch im Geld schwamm. Und jetzt sollen sie realisiert werden in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen sinken.

Der Blick über den Tellerrand hinaus ist verloren gegangen

Wenn wir diesem politischen Geschehen zuschauen, registrieren wir die verhärteten Fronten bei den Finanzdiskussionen. Und wir sehen, dass diese Diskussionen, die eigentlich sachlich sein sollten, häufig überlagert wurden durch wahltaktische Manöver.

Nach aussen entsteht der Eindruck von Stillstand. Wer nur noch mit finanzpolitischen Fragen beschäftigt ist, wer nur noch nach Sparpotenzial Ausschau hält, verliert den Mut für Neues. Baden, die dynamische Stadt, der Motor einer ganzen Region, dreht sich nur noch um sich selbst. Impulse nach aussen konnte die Badener Politik nicht aussenden. Was früher Ausstrahlung war, ist heute Selbstbezogenheit. Kein Wunder, dass in diesem Klima das Thema Fusionen völlig untergegangen ist. Ennetbaden und Baden? Neuenhof und Baden? Eventuell Turgi und Baden? Der Stadtrat schweigt. Die Stadt streckt ihre Fühler momentan nicht zu den Nachbarn aus. Und diese ihrerseits bewegen sich nicht auf die Stadt zu. Sie warten ab, wie die politische Realität in Baden nach den Wahlen im September 2017 aussieht.

Eine Episode im Einwohnerrat illustriert diese Blockade. Im Oktober 2016 lehnte der Rat den Bau des Mättelistegs ab. Es ging um eine Million Franken. Der Steg hätte eine Verbindung geschaffen von Baden nach Obersiggenthal und Ennetbaden. Für das Nein wollte am Schluss niemand die Verantwortung übernehmen. Die Linken sagten, die Rechten hätten ihn weggespart. SVP und FDP argumentierten, die Linken seien schuld, weil sie verlangt hätten, dass die Nachbarn mehr bezahlen. Der Steg wäre ein wichtiges Puzzleteil gewesen für die Aufwertung des Bäderquartiers. Baden brach mit dem Nein zum Mättelisteg Versprechungen, die es den Nachbarn früher gemacht hatte. Baden verabschiedete sich als verlässlicher Partner der Nachbargemeinden.